

# Woffische



1704

Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurzgettel

Bezugsbedingungen und Anzeigentarife, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein'sche Verlagsanstalt, Georg-Benedard-Veranst.,  
Königsplatz in Amn. D. (Hauptredaktion): Carl Misch, Berlin, Hauptstr.  
Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlags-Zentrale Ullstein's, Am. Dönhofs (A 7) 3600-3603  
Für den Fernverkehr: Am. Dönhofs 3600-3608. Telegramm-  
Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto, Berlin 600.

## Die Antwort des Kanzlers

### Reußell muß sich entschuldigen

Der gestern nach dem preussischen Ministerpräsidenten übermittelte Antwortbrief des Reichstanzlers hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 30. v. Mts. bezüglich des Telegramms des Herrn Reichsministers des Innern Dr. v. Reußell an den Vorstand der Deutschen Studentenfront. Zunächst weise ich gegenüber Ihrer Behauptung, daß es sich um eine „harde Scheltzerung“ und einen offensivsten Angriff gehandelt habe, darauf hin, daß die Wortstellung des Telegramms in keiner Weise als aggressiv begründet werden kann und auch keinerlei mitleidigen Jargon und Charakter getragen hat. Außerdem liegt mir daran, namens der Reichsregierung festzustellen, daß Herr Minister v. Reußell ein Angriff gegen die Person des Herrn Staatsministers Dr. Weder oder gar eine Kränkung völlig fernzulegen hat.

Die Reichsregierung glaubt sich im Übrigen mit Ihnen, Herr Ministerpräsident, darin einig zu sein, daß Abgeordneten lediglich deshalb, weil sie als Vertreter ein hohes Staatsamt bekleiden, eine nach der Verfassung insbesondere zuzuschreibende politische Verantwortung, sofern sie lediglich gehalten ist, nicht zu vermeiden kommt. Singsu kommt, daß es sich bei dem Telegramm um eine Meinungsäußerung handelt, die von den Preussischen Staatsregierungen selber nicht im Wege einer Entschuldigung, sondern der Abkündigung und damit der Öffentlichkeit unterbreitet war.

Schulterhaftigkeit kann in solchen Fällen die Entschuldigung, ob ein verschärfte oder politische Art hinsichtlich ist, nicht als wünschenswert. Die Reichsregierung erklärt deshalb, daß das Telegramm keinen Gehalt auf die Angelegenheit der Reichsregierung zuzuschreiben, die übertrifft zu den in Frage stehenden studentischen Problemen überhaupt nicht Stellung genommen hat.

Es können, Herr Ministerpräsident, davon überzeugt sein, daß ich wie bisher, alles daran lege, ein möglichst reibungsloses und vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reich und Preußen zu ermöglichen. Gerade aus diesem Grunde habe ich über die Veröffentlichung Ihres Schreibens, das zum Glück eine Stunde nach seiner Abgabe bei mir leitende der Preussischen Staatsregierung erfolgt ist, so daß z. B. die übrigen Mitglieder des Reichsministeriums von ihm zunächst aus dem Tagesgespräch Kenntnis bekommen. Eine solche Veröffentlichung hat die Reichs-

regierung in Fällen, die ohne Zweifel viel schwerwiegender lagen, nicht vermieden, aus den gleichen Gründen heraus sehe ich mich auch außer Stande, auf den nach Form und Inhalt ungewöhnlichen Schlußsatz Ihres Briefes einzugehen.  
Angeht die Veröffentlichung Ihres Briefes, so habe ich mich selbstredend im vorliegenden Falle genötigt, auch das Schreiben der Reichsregierung der Öffentlichkeit zu übergeben.  
Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung  
Ihr  
gek. Dr. Marx.

### Braun antwortet nicht mehr

Ministerpräsident Braun wird, wie wir hören, das Schreiben des Reichstanzlers einseitig zur Kenntnis nehmen. Zu einer Entgegnung liegt keine Veranlassung vor.

Das Palais Wilhelmstraße 77, in dem der Reichstanzler seinen Amtssitz hat, liegt dem Herrn Reichstanzler 63, das das preussische Staatsministerium beherbergt, scharf gegenüber. Aber es hat fast eine Woche gedauert, ehe das Antwortschreiben des Reichstanzlers zum Herrn Reußell im Büro des preussischen Ministerpräsidenten abgehört worden ist. Die preussischen Ministerpräsidenten, immer gefällig, Reichs- und preussische Regierung gegeneinander auszuspielen, haben die Verzögerung damit erklärt, daß die Reichsregierung den Befehlswortlaut des preussischen Staatsministeriums und dessen Anwendung im Wahlbezirksamt beauftragt, es sind ferner der Reichsminister Dr. v. Reußell abzuordnen, nicht so wichtig, nicht so tragisch nehme und andere Sorgen habe. Es hat das Reichsministerium in der letzten Woche allerdings zeitlich geübt, es hat tagelanger Verhandlung bedurft, um das Amt zu stoppen, das das Zentrum mit seiner Förderung nach Entziehung von 25 Prozent der Wahlbezirksförderung in das Wahlbezirksamt gelangen hätte. Aber trotz dieser Sorgen hat das Reichsministerium unangenehm mit dem Brief des preussischen Ministerpräsidenten beauftragt, es sind ferner die Antworten für die Antwort ausgearbeitet, verworfen, umgedruckt und gefüllt worden, ehe ein Text zustande kam, dem alle Mitglieder des Kabinetts ihr Placet gaben. Man merkt dem Schreiben des Reichstanzlers die mühselige Kompromittiertheit deutlich an, die hier geleistet worden ist, und man erkennt deutlich die Spuren der preussischen Anstrengungen, den

Reußell Dr. v. Reußell zu ernennen und zu verteidigen, bis zum Schönen Konflikt zwischen Reich und Preußen.  
Das haben sie nicht erreicht, im Gegenteil. Daß sie es aber darauf angelegt haben, erkennt man aus der „Gebrauchsanweisung“, die die preussische Parteileitung für die Kommunikation des Reichstanzlers gegeben hat. Es wird so dargestellt, als ob die Antwort an Braun die scharfe Zurückweisung einer „Anmahnung“ sei und es wird der Hauptton gelegt auf jene Anmahnung, in der der Kanzler sich ausdrücklich erklärt, „auf den nach Form und Inhalt ungewöhnlichen Schlußsatz Ihres Briefes einzugehen“. Dieser Schlußsatz ent-

## Die Locarno-Mächte im Ost-Konflikt

Nachrichtendienst der „Woffischen Zeitung“  
16. Okt. 6. Dezember  
Der heutige Flugpreis der Nachrichten vom Ost-Konflikt ist ein weiterer Beweis für die Unmöglichkeit einer Verständigung zwischen den preussischen und den Reichsregierungen. Die preussische Regierung hat sich in der letzten Zeit mehrfach bemüht, einen internationalen Statistiken der Locarno-Mächte für die Regelung des polnisch-litauischen Konflikts herbeizuführen.

Die preussische Regierung hat sich in der letzten Zeit mehrfach bemüht, einen internationalen Statistiken der Locarno-Mächte für die Regelung des polnisch-litauischen Konflikts herbeizuführen. Die preussische Regierung hat sich in der letzten Zeit mehrfach bemüht, einen internationalen Statistiken der Locarno-Mächte für die Regelung des polnisch-litauischen Konflikts herbeizuführen.

Die preussische Regierung hat sich in der letzten Zeit mehrfach bemüht, einen internationalen Statistiken der Locarno-Mächte für die Regelung des polnisch-litauischen Konflikts herbeizuführen. Die preussische Regierung hat sich in der letzten Zeit mehrfach bemüht, einen internationalen Statistiken der Locarno-Mächte für die Regelung des polnisch-litauischen Konflikts herbeizuführen.

Die preussische Regierung hat sich in der letzten Zeit mehrfach bemüht, einen internationalen Statistiken der Locarno-Mächte für die Regelung des polnisch-litauischen Konflikts herbeizuführen. Die preussische Regierung hat sich in der letzten Zeit mehrfach bemüht, einen internationalen Statistiken der Locarno-Mächte für die Regelung des polnisch-litauischen Konflikts herbeizuführen.

## Der Schlichter im Eisenkampf bestell

Nachrichtendienst der „Woffischen Zeitung“  
16. Okt. 6. Dezember  
Die durch die Schlichtungsanstalt der Gewerkschaften gestiftete Lage ist bisher im wesentlichen unversändert geblieben. Der Reichsminister hat die beteiligten Parteien mitgeteilt, daß falls die am Mittwoch stattfindenden Verhandlungen scheitern sollten, Oberlandesgerichtsrat Dr. Böhm zum Reichlichen Schlichter bestellt ist. Die ersten Schlichtungsverhandlungen werden spätestens am Donnerstag oder Freitag in Essen - nicht in Berlin - stattfinden.

Demnach ist es, daß von Seiten der Arbeitgeber der Versuch gemacht wurde, was die vom offiziellen Schlichtungsstellen vorangehenden Verhandlungen überhaupt nicht stattfinden zu lassen, da eine Auslastung auf Verhandlung obgleich nicht gegeben ist.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gewerkschaften über Art und Umfang ihrer Forderungen sind bis heute nur zum Teil beigelegt worden. Während die christlichen Gewerkschaften an ihren Forderungen festhalten, d. h. nicht unbedingt auf der Forderung des sogenannten Achtstundentages bestehen, werden sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften vornehmlich mit dem Streben der freien Gewerkschaften beschäftigen. Der Deutsche Metallarbeiterbund veröffentlicht heute eine Erklärung, in der er darauf hinweist, daß die Faltung der christlichen Gewerkschaften offenbar durch Bindungen beeinflusst ist, die zwischen den Gewerkschaften und maßgebenden Instanzen des Zentrums bestehen.

Die Verhandlungen einzelner Gewerkschaften durch die parteiübergreifend zusammengesetzte Kommission werden bereits fortgesetzt, jedoch besteht nach den gestrigen Erfahrungen bei der Firma Krupp wenig Aussicht, daß auf diesem Wege eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften erzielt wird.

Die in der Kommission vertretenen Gewerkschaftsführer erklären, daß die Grundlagen, auf denen die Werte ihrer Berechnungen über die etwaige finanzielle Mehrbelastung durch die Lohn- und Arbeitszeiterhöhung aufbauen, in wesentlichen Punkten von denen abweichen, die von Gewerkschaften angegeben werden.  
Man vermehrt belohnt, was, was die rein theoretisch aufgestellten Zahlen über notwendige werdende Beschäftigungszahlen über die Mehrforderungen den tatsächlichen politischen Verhältnissen nicht genügend Rechnung tragen. Insbesondere seien die Mehrforderungen, die durch die Neuregelung erwartet werden, schlechterweise vorher nicht zu erstellen. Schon bei Durchführung der sogenannten Doppelverordnungen habe sich herausgestellt, daß die erdachtete gewordene Neueinstellungen sehr erheblich hinter den ursprünglichen Schätzungen der Werte zurückblieben.

### Gegen die Stilllegung

Nachrichtendienst der „Woffischen Zeitung“  
16. Okt. 6. Dezember  
Der Bundesrat hat die Oberbefehlshaber des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat einen energischen Protest gegen die Stilllegung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zur Arbeitsetzungen in der Fälligkeit der Beschäftigten. In der Entscheidung, die dem Reichsministeramt eingereicht wurde, wird die geplante Stilllegung der deutschen Fälligkeit der Arbeitsetzungen durch die Oberbefehlshaber der Beschäftigten hingestellt, die nur für vorübergehende Zeit des Opfers der verlorenen Arbeitsplätze für den Deutschen dürfte nicht gegenüber der sonstigen wirtschaftlichen Lage der Beschäftigten, die sozialen Rücksichten gebührt werden. Die Befreiung der Arbeitsetzungen in den Fälligkeiten ist sowohl aus allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen, wie aus nationalen und nationalen Rücksichten unumgänglich notwendig.